

Die Bundestagswahl 2021 im Ost-West-Vergleich: Differenzen und Angleichungen beim Wahlverhalten

Träger, Hendrik

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Träger, H. (2022). Die Bundestagswahl 2021 im Ost-West-Vergleich: Differenzen und Angleichungen beim Wahlverhalten. *GWP - Gesellschaft. Wirtschaft. Politik*, 71(1), 14-20. <https://doi.org/10.3224/gwp.v71i1.03>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Die Bundestagswahl 2021 im Ost-West-Vergleich: Differenzen und Angleichungen beim Wahlverhalten

Hendrik Träger

1 Einleitung

„Der Osten beweist einmal mehr seine Wechselbereitschaft, wenn die Köpfe an der Spitze stimmen“, kommentierte Thomas Vorreyer (2021) die Ergebnisse der Bundestagswahl 2021. Das unterschiedliche Wahlverhalten von Ost- und Westdeutschen wird seit der Wiedervereinigung sowohl im öffentlichen als auch im akademischen Diskurs thematisiert: Mitte der 1990er-Jahre konstatierte Hans-Georg Golz (1994, S. 1131) eine „klare Aufteilung der Republik in zwei Wahlgebiete mit scharfen, voneinander abweichenden Konturen“. Zu einem ähnlichen Befund kamen damals Russell J. Dalton und Wilhelm Bürklin (1995), weshalb sie von „[t]wo [g]erman [e]lectorates“ sprachen. Ein differenziertes Bild zeichneten Steffen Schoon und Nikolaus Werz (2005, S. 976) nach der Bundestagswahl 2005, indem sie „nicht in erster Linie eine Ost-West-, sondern vielmehr eine Nord-Süd-Spaltung“ beobachteten. Auch spätere Studien zeigen, dass sich Ost und West nicht immer als jeweils homogene Gruppen gegenüberstehen. Außerdem wurde analysiert, ob sich das Wahlverhalten allmählich angleicht oder noch stärker als früher unterscheidet (exemplarisch

Gabriel 2011; Höhne 2021; Jesse 2011; Träger 2011, 2015). Hinsichtlich des letzten Aspektes kam Benjamin Höhne (2021, S. 90) jüngst zu einem ambivalenten Befund: „Weder haben sich Ost-West-Unterschiede gänzlich abgeschliffen noch ist ein Auseinanderstreben zu beobachten.“

Vor diesem Hintergrund wird in dem vorliegenden Beitrag anhand von drei Parametern, die aus den Erkenntnissen der Wahlforschung abgeleitet werden (*Abschnitt 2*), das Wahlverhalten im September 2021 analysiert. Dabei wird untersucht, (1) welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den Ost- und den Westdeutschen bestehen, (2) ob die ostdeutschen und die westdeutschen Ländern jeweils geschlossene Formationen bilden und (3) inwieweit das Abstimmungsverhalten im Vergleich zu früheren Wahlen verändert hat (*Abschnitte 3 und 4*).

2 Analyseparameter

Das elektorale Verhalten von Ost- und Westdeutschen ist ein häufig aufgegriffener Untersuchungs-



Dr. phil. Hendrik Träger

Lehrkraft für besondere Aufgaben am Institut für Politikwissenschaft der Universität Leipzig und stellvertretender Vorsitzender des „Sächsischen Kompetenzzentrums für Landes- und Kommunalpolitik“ (SKLK).

(Foto: privat)

gegenstand der Politikwissenschaft. Zu den wichtigsten Befunden gehört, dass die Ostdeutschen „kaum stabile Parteiloyalitäten“ (Arzheimer/Falter 2002, S. 35) und eine größere „Unberechenbarkeit“ (Gabriel 2011, S. 158) als ihre Landsleute im Westen aufweisen. Allerdings sind mittlerweile auch in den ‚alten‘ Ländern „vermehrt (...) volatile(...) Eruptionen“ (Jesse 2011, S. 110) zu beobachten. Hinsichtlich der einzelnen Parteien ist Ostdeutschland durch elektorale „Erfolge der Linken“ (Jesse 2009, S. 970) und „eine (...) traditionell häufigere Wahlneigung gegenüber Rechtsaußenparteien“ (Höhne 2021, S. 79), die sich nunmehr in hohen Stimmenanteilen für die AfD manifestiert, geprägt. Auf CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/ Die Grünen entfallen tendenziell weniger Stimmen als im Westen. Bei der Bundestagswahl 2017 votierten lediglich 41,5 Prozent der Wähler*innen im Osten für CDU oder SPD, was ein „Alarmsignal für die Volksparteien“ (Träger 2018, S. 205) ist.

Aufgrund der hier schlaglichtartig vorgestellten Befunde der Wahlforschung fokussiert sich die folgende Analyse auf

- die Höhe der Wahlbeteiligung,
- die Volatilität als Maß für die Wechselbereitschaft der Wähler*innen und
- die Zweitstimmenanteile der einzelnen Parteien.

Für diese Parameter werden jeweils die Zahlen für Ostdeutschland im Sinne der fünf ‚neuen‘ Länder und der östlichen Bezirke Berlins sowie für Westdeutschland in Gestalt des ‚früheren Bundesgebiets‘ und der westlichen Bezirke Berlins erhoben, um das Wahlverhalten von Ost- und Westdeutschen miteinander zu vergleichen. Außerdem wird der Blick auf die einzelnen Länder gerichtet, um herauszuarbeiten, ob sich ‚der Osten‘ und ‚der Westen‘ als feste Gruppen gegenüberstehen.

3 Empirische Analyse des Wahlverhaltens

3.1 Wahlbeteiligung

Die Beteiligung fiel 2021 sowohl bundesweit (76,6%) als auch in Ost- (74,0%) und West-

deutschland (77,2%) nur geringfügig höher als 2017 aus. Der Abstand zwischen Ost und West blieb mit 3,2 Prozentpunkten auf dem Niveau von vor vier Jahren. In den fünf ‚neuen‘ Ländern und Berlin wurde auch dieses Mal vom Wahlrecht nur in unterdurchschnittlichem Maße Gebrauch gemacht (siehe *Abbildung 1*). Insofern könnte konstatiert werden, dass es im Ost-West-Vergleich kaum zu Veränderungen gekommen sei. Dieser Eindruck muss jedoch revidiert werden, wenn die einzelnen Länder miteinander verglichen werden.

Im Gegensatz zu 2017 bilden die ostdeutschen Länder keine (fast) geschlossene Formation mehr, sondern lassen sich grob in drei Gruppen aufteilen (siehe *Abbildung 1*):

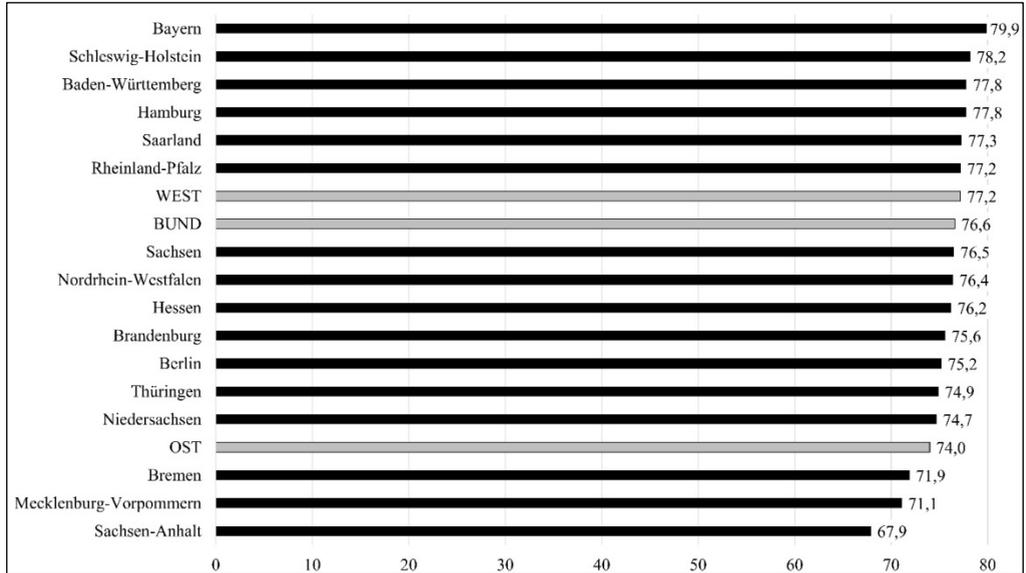
- In Sachsen-Anhalt (67,9%) und Mecklenburg-Vorpommern (71,1%) gingen die Bürger*innen auch 2021 am seltensten zur Bundestagswahl, sodass diese Länder weiterhin die ‚Schlusslichter‘ sind. Angesichts der gleichzeitig stattgefundenen Landtagswahl verwundert es, dass die Beteiligungsquote in Mecklenburg-Vorpommern im Vergleich zu 2017 (70,9%) nur minimal stieg. Zwei Urnengänge an einem Tag wirken sich also nicht immer partizipationsfördernd aus.
- Nach Bremen (71,9%) und Niedersachsen (74,7%) folgt mit Thüringen (74,9%), Berlin (75,2%) und Brandenburg (75,6%) die zweite Gruppe der ostdeutschen Länder. Dort nutzten ungefähr drei Viertel ihr Wahlrecht, was für ostdeutsche Verhältnisse überdurchschnittlich war.
- Die höchste Wahlbeteiligung im Osten war 2021 mit 76,5 Prozent in Sachsen zu verbuchen; dieser Wert liegt nur einen Zehntelpunkt unter dem bundesweiten Mittel (76,6%). Der Freistaat, der insofern von allen 16 Bundesländern am meisten dem deutschen Durchschnitt entspricht, wird durch Hessen (76,2%) und Nordrhein-Westfalen (76,4%) von der oben beschriebenen zweiten Gruppe getrennt.

Der Abstand zwischen Sachsen-Anhalt und Sachsen als den ostdeutschen Ländern mit den Extremwerten ist mit 8,6 Prozentpunkte mehr als zweieinhalbmal so groß wie der Abstand zwischen Sachsen und Bayern als das Bundesland mit der

deutschlandweit höchsten Wahlbeteiligung. Es lässt sich also nicht pauschal zwischen ‚dem Os-

ten‘ auf der einen Seite und ‚dem Westen‘ auf der anderen differenzieren.

Abbildung 1: Wahlbeteiligung (in Prozent)



Quelle: Eigene Darstellung nach Informationen des Bundeswahlleiters.

3.2 Volatilität

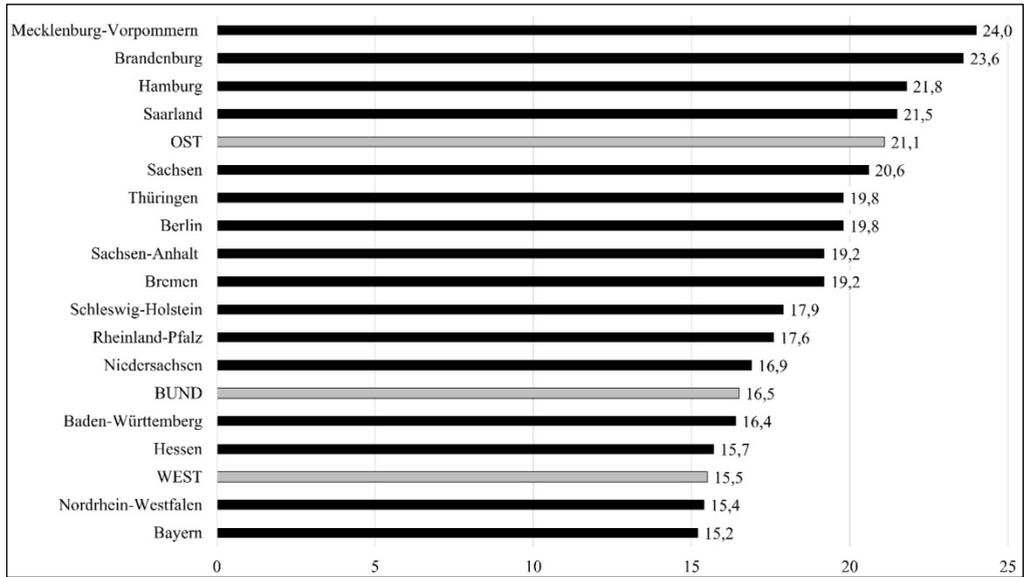
Um die Volatilität als Maß für die Wechselbereitschaft der Wähler*innen zu berechnen, wird in der Parteienforschung der Index von Mogens N. Pedersen (1979) genutzt. Bei diesem werden zunächst die Gewinne beziehungsweise Verluste der einzelnen Parteien addiert; anschließend wird die Summe halbiert. Trotz rückläufiger Werte im Vergleich zu 2017 waren die Ostdeutschen auch 2021 erheblich wechselbereiter als die Westdeutschen, weshalb der Pedersen-Index für Ostdeutschland mit 21,1 deutlich höher als für Westdeutschland (15,5) ausfällt.

Im Gegensatz zur Wahlbeteiligung bilden die fünf ‚neuen‘ Länder und Berlin eine weitestgehend geschlossene Gruppe, die lediglich durch Hamburg und das Saarland unterbrochen wird. In diesem Kontext sind zwei Aspekte zu berücksichtigen:

Erstens ist die Hansestadt als urbanes Gebiet nur bedingt mit den (westdeutschen) Flächenländern vergleichbar. Zweitens wurde die Landesliste der saarländischen Grünen aus rechtlichen Gründen nicht zur Wahl zugelassen (vgl. Niewel/Polistina 2021). Die Saarländer*innen, die 2017 für die Grünen votiert haben, mussten 2021 zwangsläufig anders abstimmen, weshalb das Saarland bei der Volatilität als Sonderfall zu betrachten ist.

Die unter diesen Prämissen relativ homogene Formation der ostdeutschen Länder weist allerdings eine große Bandbreite auf, denn der Abstand zwischen Mecklenburg-Vorpommern (24,0) und Sachsen-Anhalt (19,2) ist mehr als halb so groß wie zwischen allen 16 Bundesländern (siehe Abbildung 2). Die Wähler*innen in Ostdeutschland verhalten sich also in unterschiedlichem Maße volatil, weshalb es künftig angebracht ist, noch stärker als bisher auf regionale Unterschiede einzugehen.

Abbildung 2: Volatilität bei den Zweitstimmen („Pedersen“-Index)



Quelle: Eigene Berechnungen und Darstellung nach Informationen des Bundeswahlleiters.

3.3 Zweitstimmenergebnisse

Die überdurchschnittlich hohe Volatilität in Ostdeutschland lässt sich hauptsächlich mit den deutlichen Gewinnen der SPD einerseits sowie den erheblichen Verlusten von CDU und Die Linke an-

dererseits erklären. Aufgrund der Differenzen zwischen den einzelnen Parteien werden deren Wahlergebnisse im Folgenden getrennt voneinander analysiert.

Tabelle 1: Zweitstimmenanteile (in Prozent)

	SPD	CDU/ CSU	Grüne	FDP	AfD	Linke	andere
Deutschland	25,7	24,1	14,8	11,5	10,3	4,9	8,7
– Ostdeutschland	24,1	16,9	9,1	9,5	20,5	10,4	9,5
– Westdeutschland	26,1	25,6	16,0	11,9	8,2	3,7	8,5
Baden-Württemberg	21,6	24,8	17,2	15,3	9,6	3,3	8,2
Bayern	18,0	31,7	14,1	10,5	9,0	2,8	13,9
Berlin	23,4	15,9	22,4	9,1	8,4	11,4	9,4
Brandenburg	29,5	15,3	9,0	9,3	18,1	8,5	10,3
Bremen	31,5	17,2	20,9	9,3	6,9	7,7	6,5
Hamburg	29,7	15,4	24,9	11,4	5,0	6,7	6,9
Hessen	27,6	22,8	15,8	12,8	8,8	4,3	7,9
Mecklenburg-Vorpommern	29,1	17,4	7,8	8,2	18,0	11,1	8,4
Niedersachsen	33,1	24,2	16,1	10,5	7,4	3,3	5,4
Nordrhein-Westfalen	29,1	26,0	16,1	11,4	7,3	3,7	6,4
Rheinland-Pfalz	29,4	24,7	12,6	11,7	9,2	3,3	9,1
Saarland	37,3	23,6	n.a.	11,5	10,0	7,2	10,4
Sachsen	19,3	17,2	8,6	11,0	24,6	9,3	10,0
Sachsen-Anhalt	25,4	21,0	6,5	9,5	19,6	9,6	8,4
Schleswig-Holstein	28,0	22,0	18,3	12,5	6,8	3,6	8,8
Thüringen	23,4	16,9	6,6	9,0	24,0	11,4	8,7

Quelle: Eigene Darstellung nach Informationen des Bundeswahlleiters.

a) SPD

Die SPD konnte ihren Stimmenanteil in Ostdeutschland im Vergleich zu 2017 von 13,9 auf 24,1 Prozent fast verdoppeln und wurde 2021 auch zwischen der Ostsee und dem Erzgebirge stärkste politische Kraft. Das Ergebnis wurde wesentlich durch den Kanzlerkandidaten beeinflusst, denn Olaf Scholz war im Osten noch populärer als im Westen. Bei einer (fiktiven) Direktwahl des Bundeskanzlers hätten 54 Prozent der Ostdeutschen für Scholz, 15 Prozent für Armin Laschet und 13 Prozent für Annalena Baerbock gestimmt; im Westen lag der Sozialdemokrat mit 47 Prozent vor dem Christdemokraten (26%) und der Grünen (14%) (vgl. Forschungsgruppe Wahlen 2021, S. 32).

Hinsichtlich der Zweitstimmenergebnisse der SPD gibt es einerseits vergleichsweise geringe Unterschiede zwischen Ost (24,1%) und West (26,1%); andererseits bilden die fünf ‚neuen‘ Länder und Berlin keine geschlossene Gruppe: In Brandenburg (29,5%) und Mecklenburg-Vorpommern (29,1%) erzielte die SPD überdurchschnittliche Stimmenanteile, während sie in Sachsen (19,3%) das zweitschlechteste Resultat in ganz Deutschland verbuchen musste. In Sachsen-Anhalt (25,4%), Thüringen (23,4%) und Berlin (23,4%) schnitt die SPD durchschnittlich ab (*siehe Tabelle 1*).

b) CDU

Das schlechte Image von Kanzlerkandidat Armin Laschet trug maßgeblich dazu bei, dass der Zweitstimmenanteil der CDU in Ostdeutschland von 27,6 auf 16,9 Prozent fiel und die Partei auf den dritten Platz hinter SPD und AfD abrutschte. In Westdeutschland lieferten sich die Unionsparteien hingegen ein Kopf-an-Kopf-Rennen mit der SPD um den ersten Platz und unterlagen mit einem Rückstand von einem halben Prozentpunkt. In den fünf ‚neuen‘ Ländern und Berlin musste die CDU weit unterdurchschnittliche Ergebnisse verbuchen; lediglich in Sachsen-Anhalt übersprang sie die Zwanzig-Prozent-Marke. Insgesamt kann nur dann von einer geschlossenen Formation der ostdeutschen Länder gesprochen werden, wenn die Stadtstaaten Bremen und Hamburg, die traditionell nicht zu den christdemokratischen Hochburgen zählen, als zwei kleine westdeutsche Einsprengsel unberücksichtigt bleiben (*siehe Tabelle 1*).

c) Bündnis 90/Die Grünen

Bei Bündnis 90/Die Grünen formieren sich die fünf ‚neuen‘ Länder geradezu lehrbuchhaft zu einer geschlossenen Gruppe. Ähnlich wie die CDU erzielten auch die Bündnisgrünen in Ostdeutschland – mit Ausnahme von Berlin (22,4%) – weit unterdurchschnittliche Ergebnisse zwischen 6,5 und 9,0 Prozent. Dies kann im Gegensatz zur CDU nicht mit dem Image der Kanzlerkandidatin erklärt werden, denn die Zustimmungswerte für Annalena Baerbock bei einer fiktiven Direktwahl lagen mit 13 Prozent im Osten und 14 Prozent im Westen gleichauf (vgl. Forschungsgruppe Wahlen 2021, S. 32). Entscheidender für das Votum der Ostdeutschen dürfte vielmehr die inhaltliche Schwerpunktsetzung der Partei auf Klima- und Umweltschutz gewesen sein, denn dieses Thema hat im Osten – anders als im Westen – keine Priorität. Für die Ostdeutschen ist mit der ‚Sozialen Sicherheit‘ ein Politikfeld, bei dem traditionell SPD und Linke höhere Kompetenzwerte zugewiesen werden, wichtiger.¹

d) FDP

Wie die CDU erzielte auch die FDP weder in einem der fünf ‚neuen‘ Länder noch in Berlin ein Ergebnis über dem bundesweiten Resultat (11,5%). Bei einem anderen Aspekt ist die Situation der FDP mit jener der SPD vergleichbar, denn die Differenz zwischen Ost- (9,5%) und Westdeutschland (11,9%) ist vergleichsweise gering. Das korrespondiert mit einer Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen (2021, S. 25), wonach „ein echtes Ost-West-Gefälle (...) beim Parteiansehen der Freien Demokraten (...) nicht aus[zumachen“ sei. Mit Ausnahme von Sachsen, wo die FDP – wahrscheinlich aufgrund des historisch schlechten Ergebnisses der CDU (17,2%) – mit 11,0 Prozent für ostdeutsche Verhältnisse überdurchschnittlich gut reüssierte, bilden vier der fünf ‚neuen‘ Länder und Berlin eine – lediglich durch Bremen unterbrochene – Gruppe.

e) AfD

Im Gegensatz zu den bisher analysierten Parteien war die AfD, die von den Westdeutschen (-3,3) deutlich negativer als von den Ostdeutschen (-2,2)

bewertet wurde (vgl. Forschungsgruppe Wahlen 2021, S. 25), in Ostdeutschland besonders erfolgreich. Der dortige Zweitstimmenanteil (20,5%) ist zweieinhalbmal so groß wie jener im Westen (8,2%). Die fünf ‚neuen‘ Länder bilden mit Ergebnissen zwischen 18,0 und 24,6 Prozent eine geschlossene Formation. In Sachsen und Thüringen wurde die AfD (erneut) stärkste politische Kraft, während sie in Berlin mit 8,4 Prozent nur auf dem sechsten Platz rangierte.

f) Die Linke

Noch deutlicher als bei der AfD fallen die regionalen Unterschiede bei der Linken aus. Während die Partei im Osten (10,4%) ein zweistelliges Ergebnis erzielte, lag sie im Westen (3,7%) klar unter der Marke der Sperrklausel. Ohne das Votum der Ostdeutschen hätte es Die Linke – anders als 2017 – nicht wieder in Bundestag geschafft. Die fünf ‚neuen‘ Länder und Berlin bilden mit Zweitstimmenanteilen zwischen 8,5 und 11,4 Prozent eine homogene Gruppe. Bei der Linken ist die Differenz zwischen Ost und West auch drei Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung am größten von allen gegenwärtig mit einer Fraktion im Bundestag vertretenen Parteien.

4 Fazit

Die Ergebnisse der Analyse lassen sich im Wesentlichen zu drei Befunden zusammenfassen:

- Ost- und Westdeutsche unterscheiden sich weiterhin hinsichtlich ihrer Wahlbeteiligung und ihrer Wechselbereitschaft, wobei die Dif-

ferenzen im Vergleich zu 2017 etwas kleiner geworden sind. Im Langzeitvergleich seit 1990 ist bei der Partizipationsquote ein deutlicher Trend zur Konvergenz zu konstatieren, denn bei diesem Parameter ist die zweitniedrigste Differenz zu verzeichnen, während der Abstand bei der Volatilität immer noch vergleichsweise groß ist (*siehe Tabelle 2*).

- Bezüglich der Ergebnisse der einzelnen Partei ist auch bei der neunten gesamtdeutschen Wahl die geradezu traditionelle Zweiteilung zwischen SPD, CDU (und CSU), Bündnis 90/Die Grünen und FDP einerseits sowie AfD und Linke andererseits zu beobachten. Die zwei zuletzt genannten Parteien reüssierten in Ostdeutschland mit weit überdurchschnittlichen Stimmenanteilen, während für CDU und Bündnisgrüne Spiegelbildliches gilt. Bei SPD und FDP sind die Unterschiede zwischen Ost und West gering.
- Es gibt weiterhin „[t]wo [g]erman [e]lectorates“ (Dalton/Bürklin); allerdings sind die „zwei Wahlgebiete mit scharfen, voneinander abweichenden Konturen“ (Golz) nicht mehr so eindeutig wie in den 1990er-Jahren abgrenzbar. Die fünf ‚neuen‘ Länder und Berlin lassen sich nicht mehr bei allen Parametern als homogene Gruppe beschreiben, denn eine geschlossen Formation bilden sie (hauptsächlich) bei den Zweitstimmenanteilen von Bündnisgrünen, AfD und Linken. Deshalb wäre es wünschenswert, dass die regionalen Unterschiede innerhalb Ost- beziehungsweise Westdeutschlands stärker als bisher in den Fokus rücken.

Tabelle 2: Bundestagswahlen im Ost-West-Vergleich seit 1990 (in Prozent und Prozentpunkten)

	1990	1994	1998	2002	2005	2009	2013	2017	2021
Wahlbeteiligung									
Ost	74,5	72,6	80,0	72,8	74,3	64,7	67,6	73,2	74,0
West	78,6	80,5	82,8	80,6	78,5	72,2	72,4	76,8	77,2
Differenz Ost/West	-4,1	-7,9	-2,8	-7,8	-4,2	-6,5	-4,8	-3,6	-3,2
Volatilität bei Zweitstimmen (‚Pedersen‘-Index)									
Ost	–	15,9	11,6	10,7	12,3	12,4	15,7	24,2	21,1
West	–	5,6	6,4	6,5	7,0	13,7	15,5	16,8	15,5
Differenz Ost/West	–	+10,3	+5,4	+4,2	+5,3	-1,3	+0,2	+7,8	+5,6

Anmerkungen: Ost = ‚neue Länder‘ und Berlin-Ost; West = ‚früheres Bundesgebiet‘ und Berlin-West.

Quelle: Eigene Darstellung nach Informationen des Bundeswahlleiters.

Anmerkung

- 1 Als das für die Wahlentscheidung wichtigste Thema gaben 30 Prozent der befragten Ostdeutschen ‚Soziale Sicherheit‘ und nur 17 Prozent ‚Umwelt, Klima‘ an; vgl. <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2021-09-26-BT-DE/umfrage-ostdeutschland.shtml> (zuletzt zugegriffen am 07.11.2021).

Literatur

- Dalton, Russell J./ Wilhelm Bürklin (1995): The Two German Electorates: The Social Basis of the Vote in 1990 and 1994, in: *German politics and Society*, 13. Jg. (H. 1), S. 75-99.
- Forschungsgruppe Wahlen (2021): Bundestagswahl. Eine Analyse der Wahl vom 26. September 2021 (= Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e.V., Nr. 183), Mannheim.
- Gabriel, Oscar W. (2011): Der rote Osten: Ist Ostdeutschland politisch ganz anders?, in: Evelyn Bytzek/ Sigrid Roßteutscher (Hrsg.): *Der unbekannte Wähler. Mythen und Fakten über das Wahlverhalten der Deutschen*, Frankfurt am Main: Campus, S. 157-176.
- Golz, Hans-Georg (1994): Der Wechsel fand nicht statt, in: *Deutschland-Archiv*, 27. Jg. (H. 11), S. 1128-1134.
- Höhne, Benjamin (2021): Konvergenz oder Divergenz? Einstellungen von Parteimitgliedern und Partizipation bei Bundestagswahlen im Ost-West-Vergleich, in: Markus Ludwigs/ Stefanie Schmahl (Hrsg.): *30 Jahre Deutsche Einheit*, Berlin: Duncker & Humblot, S. 73-91.
- Jesse, Eckhard (2009): Bundestags-, Landtags- und Europawahlen in den neuen Bundesländern seit 1990, in: *Deutschland-Archiv*, 42. Jg. (H. 6), S. 965-972.
- Jesse, Eckhard (2011): Wahlen und Parteien: Ostdeutsche Spezifika und westdeutsche Annäherungen, in: Astrid Lorenz (Hrsg.): *Ostdeutschland und die Sozialwissenschaften. Bilanz und Perspektiven 20 Jahre nach der Wiedervereinigung*, Opladen: Verlag Barbara Budrich, S. 99-119.
- Niewel, Gianna/ Francesca Polistina (2021): Letzte Hoffnung Erststimme. Online verfügbar unter <https://www.sueddeutsche.de/politik/gruene-saarland-landesliste-1.5374746>, zuletzt geprüft am 07.11.2021.
- Pedersen, Mogens N. (1979): The Dynamics of European Party Systems: Changing Patterns of Electoral Volatility, in: *European Journal of Political Research*, 7. Jg. (H. 1), S. 1-26.
- Schoon, Steffen/ Nikolaus Werz (2005): Die Bundestagswahl 2005 in den neuen Ländern, in: *Deutschland-Archiv*, 38. Jg. (H. 6), S. 972-980.
- Träger, Hendrik (2011): Wählt der Osten immer noch anders? Ein Vergleich der Wahlergebnisse des Jahres 2011 in Ost und West, in: *Deutschland-Archiv*, 44. Jg. (H. 4), S. 491-499.
- Träger, Hendrik (2015): Ein Vierteljahrhundert Wahlen in Ost und West (1990 bis 2014): regionale Unterschiede und Gemeinsamkeiten, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 46. Jg. (H. 1), S. 57-81. <https://doi.org/10.5771/0340-1758-2015-1-57>
- Träger, Hendrik (2018): Die Bundestagswahl 2017 in Ostdeutschland: ein Alarmsignal für die Volksparteien, in: *Gesellschaft – Wirtschaft – Politik*, 67. Jg. (H. 3), S. 295-301. <https://doi.org/10.3224/gwp.v67i3.02>
- Vorreyer, Thomas (2021): Rot überrascht, Blaue in Lauerstellung. Online verfügbar unter <https://www.tagesschau.de/inland/btw21/bundestagswahl-ostdeutschland-cdu-spd-afd-101.html>, zuletzt geprüft am 07.11.2021.